

Kritik des liberalen Friedens

LIBERALER FRIEDEN: EIN GESCHENK?

Der interventionistische liberale Staats- und Friedensaufbau ist seit den 1990er Jahren der Standardansatz für Frieden in der Internationalen Politik: „The liberal peace is the foil by which the world is now judged“ (Richmond 2008b: 449). Diese Folie bildet den Hintergrund, vor dem hier die Präsentation der vier afghanischen Basisorganisationen geschieht.

Die Empfänger*innen des liberalen Friedensaufbaus erhalten diesen als „Geschenk“, nicht als Ergebnis einer selbstbestimmten Entscheidung oder Aushandlung. Angesichts der Auswahl der vier Organisationen als diejenigen, die einen Frieden anstreben, der nicht übereinstimmt mit dem existierenden, extern gesteuerten Peacebuilding-Programm, ist von einer Spannung zwischen deren Analysen und Zielen und der Theorie des liberalen Friedens bzw. davon abgeleiteten Programmen auszugehen. Wenn wir die Spannung zwischen lokalem und globalem Wissen begreifen, schreibt Mona Singer, können Ideen und Praktiken entwickelt werden für die Umverteilung von Wissensmacht (vgl. Singer 2005: 241). Auch Christine Löw schlägt eine solche kontrastierende Vorgehensweise vor, die sie als feministisch-postkoloniale Praxis begreift (vgl. Löw 2009). Mit dieser Kontrastierung wird die epistemische Gewalt der Theorie des demokratischen/liberalen Friedens beleuchtet. Das Ziel einer solchen dekolonialen Strategie sieht Sandra Halperin darin, dass der dominante Mythos nicht weiter beibehalten werden kann (vgl. Halperin 2006).

Eine kurze Darstellung der Theorie des liberalen/demokratischen Friedens in ihrer Bedeutung für militärische und nicht-militärische Interventionen und für Konzepte für Friedens-/Staatsaufbau steht hier vor den Analysen, Aktivitäten, Problemen und Zukunftsvisionen der vier afghanischen basispolitischen Organisationen, um die bestehende Spannung zwischen diesen dermaßen unterschiedlichen Erzählungen beim Lesen präsenter und nachvollziehbarer zu machen. Im abschließenden Kapitel werde ich diese Spannungen anhand einiger Aspekte des liberalen Peacebuilding in Afghanistan herausarbeiten.

PEACEBUILDING UND DIE THEORIE DES LIBERALEN/DEMOKRATISCHEN FRIEDENS

Liberaler Frieden (liberal peace), im deutschsprachigen Bereich wird meist demokratischer Frieden gesagt, hat als Forschungsprogramm eine große Bedeutung für die gegenwärtige Weltpolitik (vgl. Sabaratnam 2011a; Heathershaw 2008). Anna Geis, die dazu ein Forschungsprojekt durchführte (Geis 2011; Geis/Müller/Wagner 2007), bezeichnet den demokratischen Frieden als die „gegenwärtig erfolgreichste[n] und populärste[n] liberale[n] Theorie der US-amerikanischen Internationalen Beziehungen“ (Geis 2011). Oliver Richmond spricht vom liberalen Frieden als „standard approach to thinking about peace“ (Richmond 2009a: 55), der weitgehend in der Theorie internationaler Politik geteilt wird. Gegenwärtige Friedenskonsolidierungen werden als Peacebuilding durch das dominante Paradigma des liberalen Frieden gelenkt (vgl. Richmond 2011: 326) – so auch in Afghanistan.

Aus dem statistischen Befund, dass marktwirtschaftlich organisierte Demokratien seltener gegeneinander Krieg führen als anders organisierte Staaten, wird diese Theorie abgeleitet (vgl. Ray 2003; Ray 1998; Müller 2004). Dies wird trotz des Widerspruchs bzw. „Doppelbefunds“ (Geis 2001) gemacht, dass Demokratien sehr wohl Kriege mit Nicht-Demokratien führen. Bei der Entwicklung der Theorie werden Immanuel Kants Ideen *Zum ewigen Frieden* (2013, erste Auflage 1795) und die Werte des Liberalismus aufgegriffen. Wirtschaftliche Handelsbeziehungen und Gewinnstreben sowie die Interessen demokratischer Staatsbürger nach persönlicher Sicherheit würden kriegerischen Eroberungen widersprechen. Deswegen sei Freihandel, eingebettet in demokratische Staatlichkeit, friedensfördernd. Eine Umwandlung von Staaten in (neo-)liberale Demokratien würde deshalb zur Stabilisierung globaler Verhältnisse beitragen. Durch den demokratischen Staatsaufbau in Afghanistan soll demnach Sicherheit auch für Europa erreicht werden. „Unser Einsatz in Afghanistan lohnt sich. Für die Menschen in Afghanistan hat er das Leben schon deutlich verbessert. Für die Menschen in Deutschland bedeutet das mehr Sicherheit.“ (Die Bundesregierung 2008: 7) Westliche Staaten werden als das überlegene liberale Modell und als Akteure des Wandels betrachtet. „[W]ie kaum ein anderes Ergebnis politikwissenschaftlicher Forschung ist die relative Überlegenheit der demokratischen Regierungsform zu einer der Grundlagen westlicher Politik geworden.“ (Müller 2008: 41)

Seit den Systemtransformationen Anfang der 1990er Jahre, mit dem Ende des Kalten Krieges, sind die Konzepte des liberalen Friedens, wie auch der humanitären Intervention und seit etwa 2000 auch das der Responsibility-to-Protect (R2P; International Committee on Intervention and State Sovereignty 2001) äußerst wirkmächtig. Jedes dieser Konzepte legitimiert militärische Interventionen in andere

Staaten. Sie werden mit dem Begriff des Peacebuilding verbunden. „Inspired by a reductive and teleological informed reading of the significance of 1989, the burgeoning optimism of the post-Cold War period was the defining force in the birth of the concept of peacebuilding.“ (Heathershaw 2008: 600)

Die Notwendigkeit militärischer Interventionen wird mit der Durchsetzung zuvor nicht geschützter Menschenrechte und einer globalen Stabilisierung durch die Schaffung marktwirtschaftlicher, (neo)liberaler, demokratischer Staaten begründet. Demokratisierung wurde als „discursive cousin“ (Heathershaw 2008: 599) mit Peacebuilding „nach“ Konflikten verknüpft. Nach den Angriffen vom 11. September 2001 kam der „Krieg gegen Terrorismus“ in gescheiterten Staaten als Legitimation dazu. Ein Großteil der globalen Staaten wird als „failed“ oder „failing states“ und damit als „alarmierendes Phänomen“ (EU 2003: 4) und höchster Unsicherheitsfaktor für die Weltpolitik verstanden (vgl. US National Security Strategy 2002).

„Fragile Staatlichkeit oder bereits eingetretener Staatszerfall bedrohen die in den betroffenen Gebieten lebende Bevölkerung, sie haben zudem Rückwirkungen auf die Sicherheit und Weltordnungsinteressen der entwickelten Industriegesellschaften.“ (Rittberger 2008: 11)

Demokratisierung wird zum einzig gangbaren Weg der Konfliktbeilegung erklärt. An die Stelle der gewaltsamen Konkurrenz soll die geordnete Konkurrenz des Wahlkampfes treten (vgl. Heathershaw 2008: 602). Während in den 1990er Jahren die Betonung mehr auf der Rolle der Zivilgesellschaft lag, wurde seit der Ausrufung des „Krieg gegen Terrorismus“ der Institutionenaufbau als Statebuilding stärker betont. Das extern intervenierende Militär wird als inhärenter Bestandteil des Transformationsprozesses verstanden. Peacebuilding ist ein normativer Ansatz, der als eine auf einem internationalen Konsens basierende Problemlösung aufgefasst wird. Die erzwungenen politischen und ökonomischen Veränderungen sollen mythologisierte internationale Standards umsetzen (vgl. Heathershaw 2008: 603).

„[Interventionen werden] verbunden mit dem Anspruch, komplexe und interdependente gesellschaftliche und staatliche Strukturen so zu gestalten, daß Konflikte künftig ohne Gewalt ausgetragen werden. Das implizite Ziel der meisten Interventionen und Aktivitäten ist *daher* die Schaffung marktwirtschaftlich organisierter liberaler Demokratien nach dem Vorbild der OECD-Welt.“ (Schneckener 2005: 22, Herv. d. A.)

Liberaler Frieden und die weiteren damit verbundenen Konzepte für militärische Interventionen werden wissenschaftlich viel debattiert. Sie werden unter Aspekten der Legitimität, der politischen Wirkungen und der Effektivität westlicher Macht betrachtet. Vor dem Hintergrund der liberalen Friedenstheorie beanspruchen einige Regierungen reicher, westlicher Staaten, im Interesse der Menschheit zu handeln,

wenn sie in nicht-liberalen, nicht-westlichen Länder intervenieren – mit oder ohne militärische Unterstützung.

Die UN hat diese Ideen übernommen und verstärkt, unter anderem durch die „Agenda for Peace“ (UN 17.06.1992) des Generalsekretärs Boutros Boutros-Ghali, den Bericht „A More Secure World: Our Shared Responsibility“ (UN 2004) und durch die Einrichtung einer Peacebuilding Commission (UN General Assembly 08.12.2005; UN Security Council 20.12.2005). Diese Begründungen werden als Legitimation für eine erneute koloniale Einteilung der Welt kritisiert. „[The UN-Report ‚A More Secure World‘] amounts to the clearest case for a two-tier system of sovereign states (subjects of intervention and objects of intervention) since nineteenth-century advocacy for colonialism“ (Heathershaw 2008: 615). In den intervenierten Staaten findet eine massive gesamtgesellschaftliche Umgestaltung nach neo-liberalen wirtschaftlichen, politischen und auch zivil-gesellschaftlichen und kulturellen Vorgaben statt. Dabei wirken verschiedene Stränge des Diskurses zum liberalen Frieden/-saufbau zusammen, von konservativ/realistischen bis emanzipatorisch begründeten (vgl. Richmond 2005). Sogenannte Bottom-up-Ansätze, die bei der Zivilgesellschaft ansetzen und vor allem durch NGOs ausgeführt werden, und als top-down verstandener Institutionen-/Staatsaufbau werden kombiniert (vgl. Heathershaw 2008). „[I]t aims to shape societies so that they become self-governing entities within distinctly liberal lines.“ (Jabri 2010: 48) Neben Militär erfordert das vor allem internationales Verwaltungspersonal für den Aufbau diverser Institutionen sowie große Mengen an Trainern für die Schulung der Bevölkerung, „who [...] engage the local population in such pedagogical exercises as gender awareness, human rights training, budgetary probity and so on“ (ebd.: 42).

Seit 1997 wurde die Demokratisierungsdebatte in der UN eine Debatte über Good Governance, wobei die Bedeutung von Good Governance von der Weltbank als neoliberal geprägt übernommen wurde. Good Governance wurde zum Organisationskonzept für Interventionen und ein globales Projekt zur technischen Formung von Staaten. Das schließt sowohl staatliche Institutionen als auch Programme zur Beeinflussung zivilgesellschaftlicher Verhaltensweisen ein (vgl. Zanotti 2005: 471). Letzteres wird dann als „empowering civil society“ beschrieben. Eine auf diese Weise geformte Zivilgesellschaft soll die Kanalisierung sozialer Bedürfnisse und Forderungen ermöglichen: „orderly, readable, and manageable“ (ebd.: 471). Mit der Ausformung von Demokratisierung als Good Governance werden allgemeingültige Normen und Werkzeuge für Methoden des Regierens und des Public Management vorgegeben. Neben der externen Überprüfung stellen UN-geförderte Projekte für jede Regierung Werkzeuge für die Selbstüberprüfung bereit, gemessen an internationalen Benchmarks (vgl. ebd.). „Good governance is a capacious concept that creates consensus around matters that otherwise remain politically controversial.“ (Zanotti 2005: 480) Mit der Setzung solcher universeller Normen für das Regieren und entsprechender, technokratischer Umgestaltung von Staaten einschließlich der

Zivilgesellschaft, findet eine Entpolitisierung von Konflikten statt. Zivilgesellschaftliche Partizipation wird als das Ergebnis technischer Intervention gesehen und nicht als Bestandteil im Prozess der Gestaltung gesellschaftlicher und politischer Institutionen. Die diskursive Verknüpfung von Demokratisierung mit Sicherheit und Entwicklung ermöglicht solche Eingriffe. Die Qualität staatlicher Institutionen (Good Governance) wird als Bedingung für Wohlstand und Frieden beschrieben. Zugleich werden die Interessen der intervenierenden Staaten vom allgemeinen Ziel der Friedensstiftung durch Demokratisierung verdeckt. „The liberal peace project is hence self-defined as a ‚peacebuilding‘ and indeed a statebuilding project, a form of social engineering internationally rendered.“ (Jabri 2010: 42)

Roland Paris möchte zukünftige Interventionen effizienter gestalten. Er analysiert:

„Die demokratische Politik und ein kapitalistisches Wirtschaftssystem [...] bedürfen öffentlicher Institutionen, um die Einhaltung grundlegender Verhaltensregeln durchzusetzen [...] und Verhaltensweisen einzudämmen, die den Erhalt der marktwirtschaftlichen Demokratie selbst gefährden.“ (Paris 2007: 356)

Das heißt, die Entpolitisierung gesellschaftlich-politischer Umgestaltungen schließt die Normierung konformen Verhaltens mit ein. Dafür empfiehlt Paris die bessere Koordinierung internationaler „Friedenskräfte“ (ebd.: 393) und verlässlichere Unterstützung der intervenierenden Staaten. Bei Ronald Paris zeigt sich deutlich der technokratisch-pädagogische Problemlösungscharakter von liberalen Friedensinterventionen, den Jabri kritisiert: „The population of these regions and their complex diversities come to be reduced to technocratic problems to be solved, rationalised, calculated, and ultimately disciplined“ (Jabri 2010: 48). Militärische Mittel wirken dabei neben pädagogischen Maßnahmen.

Das Recht auf äußere, auch militärische, Intervention in Staaten, die nicht willens oder nicht fähig sind, die Menschenrechte ihrer Bürger*innen zu schützen und/oder als Failed States gelten, wurde gestärkt. Vielfältige legitimierende und unterstützende wissenschaftliche Projekte finden begleitend statt. Ein Beispiel ist der Versuch einer Etablierung von „Interventionskulturforschung“ durch Michael Daxner, zunächst in der Soziologie an der Universität Oldenburg (vgl. Interventionskultur Arbeitsgruppe), dann in Anbindung an den Sonderforschungsbereich 700 „Governance in Räumen begrenzter Staatlichkeit“ an der FU Berlin und weiteren Instituten in Berlin und Potsdam. Die Interventionskulturforschung setzt fortwährend bestehende Interventionen zur Umgestaltung von Gesellschaften als die Grundlage ihres Forschungsgebietes voraus. Deren Legitimität zu diskutieren, wird nicht als Bestandteil dieses Gebietes begriffen (vgl. Bonacker/Daxner et. al. 2010).

„Wir müssen uns vielmehr auch mit den Phänomenen von neuen Kriegen und Failed States in allen Ausprägungen beschäftigen, um zu verstehen, dass die sozialen Folgen von Interventionen nicht mehr als Fortschreibung traditioneller Besatzungs- und Besetzungspraktiken verstanden werden können.“ (Daxner 2008: o.S.)

Interventionskulturforschung bereitet auf das Handeln in Interventionsgesellschaften vor (vgl. Bonacker/Daxner et. al. 2010: 15). Es fehle eine „einsatzfähige Sozialforschung, die kontinuierlich Interventionen wissenschaftlich-systematisch begleitet“ (Daxner et al. 2007: 69). Deshalb werden nicht nur die Beziehungen zwischen Intervenierten und Intervenierenden und die durch das Aufeinandertreffen der beiden entstandene Interventionsgesellschaft untersucht (vgl. International Research Network Cultures of Intervention-Website: Approach). Zu ihren Forschungsinteressen gehört auch der „Heimatdiskurs“ (Daxner 2008), also die öffentliche Herstellung oder Ablehnung der Legitimation von militärischen humanitären Interventionen.